



## Wirtschaftskraft: Merz warnt vor einem Abstieg Deutschlands



Angesichts von Rezession und Inflation sorgt sich die CDU/CSU-Fraktion um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Fraktionschef Friedrich Merz warf der Ampel diese Sitzungswoche vor, nichts zu unternehmen, um das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und den Industriestandort Deutschland zu erhalten. „Wir drohen mittlerweile wieder zum kranken Mann Europas zu werden“, warnte Merz in einer Aktuellen Stunde des Bundestages.

Der Fraktionsvorsitzende untermauerte seine Sorge mit schlechten Wirtschaftsdaten. So sei der Kapitalabfluss aus Deutschland 2022 der höchste seit 20 Jahren gewesen. Die Unternehmensinsolvenzen seien um 16 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Auch hätten sich im Juni mehr Menschen arbeitslos gemeldet als im Vergleichsmonat 2022. Was das Wachstum angehe, so nehme Deutschland inzwischen einen der letzten Plätze der Euro-Zone ein. Deutschland verliert den Anschluss.

Merz warf Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck vor, dass er viel vom Klimawandel rede, aber sich wenig um Wirtschaftspolitik kümmere. Dieser habe so gut wie nichts getan, um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu steigern. Deshalb verlangte die Unionsfraktion von der Regierung ein „Fitnessprogramm für die Wirtschaft“. Unter anderem forderte sie Superabschreibungen und die Möglichkeit zur Verlustverrechnung für Unternehmen.

Um die Wirtschaft anzukurbeln, plädierte der Unionsfraktionschef für eine Eindämmung der überbordenden Bürokratie. 17 Milliarden Euro an Kosten verursachten bürokratische Anforderungen wie Dokumentations- und Genehmigungspflichten. Als Irrsinn bezeichnete es Merz, dass beispielsweise ein Pharma-Unternehmen, das ein neues Medikament auf den Markt bringen wolle, 54 Stellungnahmen von Ethikkommissionen sowie die Zustimmung von 17 Datenschutzbeauftragten brauche. Insofern sei es kein Wunder, wenn Unternehmen ihren Firmensitz ins Ausland verlagerten.

Wir sprechen hier über den größten Wohlstandsverlust seit Bestehen der Bundesrepublik. Was vor allem leide sei das Vertrauen der Unternehmer in den Standort Deutschland, so die CDU/CSU-Fraktion.

Foto: Pixabay

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Heizungsgesetz ist eine schwere Niederlage für die Ampel. Dem schlechten Umgang der Bundesregierung mit dem Parlament und der Öffentlichkeit wurde nun ein Riegel vorgeschoben.

Das, was die Ampel bei der „Beratung“ des Heizungsgesetzes gemacht hat, ist ein völlig inakzeptabler und respektloser Umgang mit dem Deutschen Bundestag, auch mit den Sachverständigen geht man so nicht um.

Guter Klimaschutz gelingt nur, wenn man alle mitnimmt und nicht mit dem Kopf durch die Wand will. Dazu gehören auch ordentliche und gründliche Beratungen im Deutschen Bundestag. Die Ampel wäre gut beraten, das Urteil aus Karlsruhe nun zum Umsteuern zu benutzen. Das verloren gegangene Vertrauen kann nämlich nicht mit dem Durchdrücken des Gesetzentwurfes in einer Sondersitzung im Sommer wieder hergestellt werden. Nicht nur im Verfahren, auch in der Sache braucht es einen grundlegend neuen Anlauf: Ein überzeugendes Gesamtkonzept mit der richtigen Reihenfolge von Wärmeplanungsgesetz und Heizungsgesetz.

Die Ampel muss jetzt dringend die Vorgaben für den Heizungs austausch korrigieren und zu den Grundsätzen Fördern, Fordern und Ermöglichen zurückkehren. Nur so wird auch ein Wärme-Konsens über die Grenzen von Regierung und Opposition von Bund, Ländern und Kommunen möglich. Dazu müssen wir technologieoffen sein und alle Potenziale, wie die von Biomasse, Geothermie und Wasserstoff zügig mobilisieren.

Herzliche Grüße aus Berlin!  
Ihr

Dr. Günter Krings, MdB  
**Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW**  
Foto: Tobias Koch



## Die Ampel muss junge Menschen aus dem Leistungsbezug auf ihrem Weg in eine Erwerbstätigkeit besser unterstützen

Zu den am vergangenen Mittwoch im Kabinettsbeschluss zum Haushalt angekündigten Plänen der Ampel, ab dem 1. Januar 2025 aktive Leistungen für büroergeldbeziehende junge Menschen unter 25 Jahren statt wie bisher aus dem Sozialgesetzbuch II aus dem Sozialgesetzbuch III erbringen zu lassen, äußert sich der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hermann Gröhe, wie folgt:

"Statt sich um Organisations- und Zuständigkeitsfragen zu kümmern, sollte die Bundesregierung lieber mehr dafür tun, dass junge Menschen aus dem Leistungsbezug auf ihrem Weg in eine Erwerbstätigkeit bestmöglich unterstützt werden. Die Bundesregierung sollte endlich ihre Zusage aus dem Koalitionsvertrag erfüllen, die sehr erfolgreichen Leistungen für schwer erreichbare Jugendliche in der Grundsicherung (§ 16h SGB II) für alle schwer erreichbaren Jugendlichen als Regelleistung zugänglich zu machen. Diejenigen Jugendlichen, die trotz der derzeit hervorragenden Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt keine Ausbildungsstelle oder Beschäftigung finden, benötigen oftmals sehr genau auf sie zugeschnittene Hilfestellungen. Hier verfügen die Jobcenter vor Ort über eine große Erfahrung.

Die Ampel will die Steuerzahler um 900 Millionen Euro jährlich entlasten – dies aber zu Lasten der Beitragszahler: Denn sie plant, Menschen unter 25 Jahren, die Grundsicherung beziehen, bei Fördermaßnahmen in der Arbeitslosenhilfe betreuen zu lassen. Dies birgt die Gefahr, dass der Arbeitsmarkt mit steigenden Sozialbeiträgen belastet wird. Die Ampel will gerade dort sparen, wo die mit dem Bürgergeld geschaffenen neuen Möglichkeiten zum Erfolg werden können, nämlich bei einer angemessenen Ausstattung der Jobcenter."

Foto: Tobias Koch

## Schuldenpolitik der Ampel wird trotz Rekorderinnahmen fortgesetzt

Zeitenwende in der Haushaltspolitik lässt weiter auf sich warten



Das Kabinett hat heute den Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2024 und den Finanzplan des Bundes bis 2027 beschlossen. Dazu erklärt Christian Haase, haushaltspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion:

„Die Einhaltung der Schuldenbremse ist eine verfassungsmäßige Selbstverständlichkeit und alles andere als eine Erfolgsgeschichte der Koalition, auch wenn der Bundesfinanzminister gerne etwas anderes behauptet.“

Wer bei Rekordsteuereinnahmen erneut das Maximum der möglichen Nettokreditaufnahme mit 16,6 Mrd. Euro ausschöpft, kann mit Geld offenkundig nicht umgehen. Die Koalition hat keine Ausgabendisziplin und keinen Konsolidierungsehrgeiz. Es fehlt ein haushaltspolitischer Grundkonsens, wonach man nicht mehr ausgeben kann als man einnimmt. Diese Art der Haushaltspolitik ist zukunftsvergessend, generationenfeindlich und ohne jede fiskalische Nachhaltigkeit.

Die strukturellen Probleme im Haushalt werden weiterhin nicht angegangen und wieder einmal auf den St. Nimmerleinstag geschoben.

Auch der Blick auf die mittelfristige Finanzplanung zeigt, dass die Koalition weiterhin den Schuldenpfad beschreitet. Im Zeitraum 2024 – 2027 sind Schulden in Höhe von insgesamt 63 Mrd. Euro geplant. Darüber hinaus gibt es noch einen Finanzierungsbedarf von 14,4 Mrd. Euro für 2025 – 2027. Damit besteht im eigentlichen Sinne eine Finanzierungslücke von annähernd 80 Mrd. Euro für den Zeitraum 2024 – 2027, die überwiegend durch die Aufnahme neuer Schulden gedeckt wird.“

Foto: Tobias Koch

### Impressum:

Ausgabe Nr. 13/2023,  
07. Juli 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck